

## AfD Sachsen: Medien erfinden „Flüchtlingsarbeitslosigkeit“ als neuen Begriff

Dresden, 30. Mai 2016

Die AfD Sachsen hat deutschen Medien vorgeworfen, mit „Flüchtlingsarbeitslosigkeit“ einen ebenso inhaltsleeren wie verschleiern den Begriff zu erfinden. „Da Flüchtlinge gar nicht arbeiten dürfen, kann es auch keine Flüchtlingsarbeitslosigkeit geben“, stellt Landesvize Thomas Hartung klar. „Juristisch sauber muss man entweder von Asylbewerber- oder Asylantenarbeitslosigkeit sprechen. Und bestenfalls die kann ab Herbst steigen, da bis dahin viele der im Vorjahr nach Deutschland gekommenen Zuwanderer das Asylverfahren durchlaufen und sich arbeitslos gemeldet haben.“

Daneben kritisiert der Germanist die subtile Manipulation in der heutigen dpa-Berichterstattung, auf die viele Medien zurückgreifen, bspw. die WELT oder N24. „Wer von ‚kräftigen Impulsen in Sachen Flüchtlingsarbeitslosigkeit‘ spricht, beschönigt die erwartete Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Der Impuls als grundlegende physikalische Größe eines Körpers, die den mechanischen Bewegungszustand dieses Körpers charakterisiert, ist umso größer, je schneller er sich bewegt und je massereicher er ist. Den negativen ‚Schwung‘, ja die ‚Wucht‘ hier aber in Richtung einer positiven ‚Sache‘ umzudeuten ist falsch.“

Erst recht für unzulässig verkürzt, ja bewusst verfälschend hält Hartung den Zwischentitel „Arbeitslosenprognose 2016 nach unten gerechnet“, da es nicht um die *Prognose einer Arbeitslosenzahl oder –quote* geht, sondern um den *Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitslosigkeit*. „Wenn die befragten Ökonomen nur noch mit einem Rückgang dieser Jahresarbeitslosigkeit um bis zu 70.000 Menschen statt wie bisher angenommen bis zu 100.000 rechnen, bedeutet das eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um bis zu 30.000. Eine solche Verdrehung der Tatsachen ist mehr als unseriös.“

### Für Rückfragen:

Dr. Thomas Hartung  
stellv. Landesvorsitzender/Kommunikation  
0163/4013084  
[thomas.hartung@afdsachsen.de](mailto:thomas.hartung@afdsachsen.de)

Der AfD-Landesverband Sachsen wurde am 28.04. 2013 gegründet und hat derzeit über 1200 Mitglieder. Landesvorsitzende ist die Leipziger Unternehmerin Dr. Frauke Petry (40). Die AfD fordert eine Neuordnung des Asyl- und Migrationsrechts mit sofortigem Stopp der unkontrollierten Einwanderung. Sie verlangt die geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbände, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards sowie ein bezahlbares Energiekonzept. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.